

Zukunftschancen . . .

Fortsetzung von Seite 9

und Arbeitsplätze in ausreichender Zahl anzubieten. Es wäre sicherlich ideal, wenn jeder junge Mensch den Beruf erlernen und ausüben könnte, zu dem er sich hingezogen fühle und für den er geeignet sei. Dieses Ideal habe sich aber selbst in Zeiten des Arbeitskräftemangels nicht voll verwirklichen lassen. „Aber auch in einer Zeit des Lehrstellenmangels müssen wir darauf bestehen, daß jeder junge Mensch die Chance erhält, einen Beruf zu erlernen, selbst wenn dies für einen Teil der Jugendlichen bedeutet, ursprüngliche Berufswünsche zu korrigieren.“ Wie ernst die Landesregierung ihre Anstrengungen nehme, die Zukunftschancen der jungen Generation zu verbessern, lasse sich beispielsweise auch daran erkennen, daß die Schülerplätze in den Berufsfachschulen in den vergangenen zwei Jahren um 50 Prozent gesteigert worden seien. Damit sei ebenso vielen Jugendlichen zusätzlich Gelegenheit zum Erwerb einer umfassenden Berufsbildung wie auch weiterführender schulischer Abschlüsse gegeben worden.

Doris Altewischer (CDU) rückte die Bedeutung der betrieblichen Ausbildung in den Vordergrund ihrer Rede. Dabei warf sie die Frage auf, ob die SPD „die Berufsbildung, die sich zum Teil am Lernort Betrieb vollzieht, nicht für Bildung“ halte. Die CDU vertrete die Auffassung, daß die Auszubildenden gerade durch berufliche Bildung im Betrieb „enorm motiviert werden“. Der gesamte Mensch werde hier in seiner Persönlichkeit gebildet. Die Stärke unseres Landes habe in der Vergangenheit zu einem nicht geringen Teil auf dem guten dualen Ausbildungssystem mit den beiden Lernorten Betrieb und Schule beruht.

Reinhard Grätz (SPD) machte eine positive Bilanz der bisherigen Leistungen der Regierungskoalition für die berufliche Bildung auf: Seit 1970 sei die Zahl der Berufsschullehrer um sechzig Prozent gesteigert worden; der Ausbau der Plätze für das Berufsgrundschuljahr habe in diesem Zeitabschnitt um 360 Prozent gesteigert werden können. Das Berufsvorbereitungsjahr habe innerhalb von zwei Jahren eine Steigerung um 500 Prozent erfahren. Der Ausbau der Vollzeitberufsschulplätze in NRW sei in fast zwanzig Jahren um das Dreifache gestiegen, die Zahl der jungen Berufsschullehrer, die ihr Studium aufgenommen haben und jetzt in die Berufsschulen kommen, sei „um einige hundert Prozent gesteigert worden“.

Dietmar Katzy (CDU) übte Kritik daran, daß drei Viertel der 430000 Schüler der beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen nur 70 Prozent des Unterrichtsstoffs erhielten. Die CDU-Fraktion habe wiederholt, insbesondere bei den Etatberatungen, ein stärkeres Engagement des Landes für die beruflichen Schulen und für die berufliche Bildung gefordert. Das sei in den Oppositions-Anträgen deutlich geworden, „die jedoch in der Regel abgelehnt wurden“. Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen hätten „durch falsche Prioritäten in der Bildungspolitik die beruflichen Schulen weitgehend im Stich gelassen“.

Porträt der Woche

Den irritiert umherschuhenden Blick, der vor zehn, zwölf Jahren in der Mensa der Universität Bonn am Studenten-Politiker Jürgen Rosorius zu bemerken war, den hat er in seiner Weiterentwicklung zum Landtagsabgeordneten nicht völlig verloren. Und wenn dieser Blick aus einer Irritation durch die Wirklichkeit herrührt, dann ist dies ein Pfund, mit dem jeder Politiker gar nicht genug wuchern könnte.

Rosorius jedenfalls müht sich, nicht völlig zum „Papier-Tiger“ zu werden, der die Probleme, über die er im Landtag mit zu entscheiden hat, nur noch aus Anhörungen und Eingaben kennt. „Jeder Parlamentarier“, so meint er, „muß sich bemühen, die soziale Umwelt der von ihm vertretenen Bürger in ihrer Unterschiedlichkeit kennenzulernen.“ Deshalb ist der 1975 als Mann der Jungen Union in den Landtag gekommene Rosorius auch gegen den vollberuflichen Abgeordneten, wie er nach dem Karlsruher Diätenurteil eingeführt werden soll. Seiner Ansicht nach sollte der Abgeordnete möglichst ein Bein in der Welt eines erlernten Berufs behalten; dies bedinge aber, so betont er, daß man ihm seine parlamentarische Arbeit soweit wie möglich (und das heißt: erheblich mehr, als es jetzt geschieht) erleichtere und ihm insbesondere Hilfen für die Schreibarbeit und Materialbeschaffung beibringe.

Auch eine allzu üppige Sammlung von Ämtern und Mandaten hält den Abgeordneten nach den Erfahrungen von Rosorius zu sehr davon ab, sich seinen Parlamentarierpflichten so umfassend wie nötig zu widmen. „Wichtig ist die feste Verankerung in der Partei als dem Ort der Willensbildung.“ Die Arbeit im Landtag und in der Kreispartei Bonn, deren Vizevorsitzer er ist, sollen künftig die beiden Betätigungsschwerpunkte von Jürgen Rosorius sein. Sein Bonner Stadtratsmandat will er aufgeben, so wie zuvor schon seine Funktion im rheinischen CDU-Landesvorstand. Denn, so sagt er, „man muß auch noch die Zeit haben, selbst Bürger zu sein, also nicht bloß über die Bürger-Probleme zu reden sondern sie selbst auch zu erleben“.

An der Bildung solcher, für Politiker eher ungewöhnlicher Einsichten mag auch Frau Rosorius ihren Anteil haben: „Meine Frau gehört



Jürgen Rosorius (CDU)

nicht zu denen, die stolz sind, den Namen ihres Mannes in der Zeitung zu lesen. Sie will, daß ich die Verantwortung für die Erziehung unserer beiden Kinder mit ihr teile.“ Wer keine Zeit mehr für die eigene Familie habe, so befindet Rosorius, der könne auch nicht die Interessen der jungen Familien recht wahrnehmen; dies aber ist einer seiner Arbeitsschwerpunkte im Landtag. Den anderen hat er auf den Sport gelegt, also auf ein Gebiet, das enge Verbindungen zur Arbeit im Ausschuß für Jugend und Familie hat.

Das Landtagsmandat ist für Rosorius die Konsequenz aus seinem Werdegang, der die Politik praktisch und theoretisch eng verbindet. Schon als 16jähriger Oberschüler gründete er einen politischen Arbeitskreis. Nach dem Abitur studierte er in Bonn Politische Wissenschaften. Neben dem Studium machte er im RCDS aktiv Studentenpolitik und wurde dabei 1970 auch Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses. Politik-Studium und Studentenpolitik mit seinem Engagement in der Bonner CDU mündeten dann in eine doppelte Berufsaufgabe: 1971 wurde Rosorius Referent und Studienleiter der parteieigenen Karl-Arnold-Bildungsstätte, seit 1975 ist er Mandatsträger im Bonner Stadtrat und im Düsseldorfer Landtag. Sein politischer Standort erwuchs aus der Erfahrung, als Halbweise einer Kriegerwitwe aufwachsen zu müssen. Dies führte ihn zu den Sozialausschüssen innerhalb der CDU. Und das „C“ im Parteinamen bedeutet ihm folglich weder „clerikal“ noch „Capital“, sondern „christlich-sozial“.

Hartwig Suhrbier